

Oberschlesische Zeitung

Sonntagnummer 5000 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Einzelnummer 4000 M.

Redaktion und Geschäftsstellen: Duxen O., Dierkestraße 9. Jeder Abonnent erhält im Falle des Todes, verheirateter durch Unfall vom Verleger eine Versicherung bis zum Betrage von 500.- Mark. Ein Nachschubpreis darauf besteht nicht.

Redaktions-Zentrum
Duxen 459

Pro fide
et patria

Geschäftsstellen-Zentrum
Duxen 56

Redaktion und Geschäftsstellen: Duxen O., Dierkestraße 9. Jeder Abonnent erhält im Falle des Todes, verheirateter durch Unfall vom Verleger eine Versicherung bis zum Betrage von 500.- Mark. Ein Nachschubpreis darauf besteht nicht.

Das neue Kabinett Stresemann.

Neueste Nachrichten.

Am Laufe des Vormittags fand eine eingehende Aussprache zwischen Stresemann und dem scheidenden Reichkanzler Dr. Cuno statt. Verschiedene Ausschüsse des Reichstages tagten ammittags. So hat der Steuerausschuß die Besetzung der Goldanleihe zu Ende beraten.

Der Reichsrat hat gestern u. a. beschlossen, dem Gesetzentwurf betreffend die wertbeständige Anleihe zuzustimmen, wenn der Reichstag ihn in der vorgeschlagenen Fassung zum Beschluß erteilt. Auch dem Gesetzentwurf über Post-, Telegraphen-Gebühren, sowie über Fernsprechgesehöhren erteilte der Reichsrat die Zustimmung. Es werden erhebliche Erhöhungen der Gebührensätze vorgenommen werden. Das Wort für Fernbestelle wird auf 2000 M. festgesetzt werden. Die neuen Gebührensätze sollen noch im Laufe des laufenden Monats in Kraft treten.

In dem Münchener Buchdruckerstreik haben nach einer Meldung der Post. Ztg. gestern die Buchdrucker beschlossen alle Zeitungs- und Zeitschriften zu drucken, so lange die Polizeidirektion das Erscheinen der sozialistischen Presse verhindert.

Wesern abend machte sich in Berlin ein Wollon der Streikbewegung bemerkbar. Eine wesentliche Besserung zeigte sich bei den Elektrizitätswerken, dort begann ein Anlauf den Betrieb wieder aufgenommen haben, bei den Straßenbahnen ist das Personal nach wie vor arbeitsunfähig, jedoch ist die Stromversorgung nach wie vor, daß der Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

In den späten Abendstunden kam es in verschiedenen Gegenden Berlins zu Zusammenstößen, die aber bald von der Schutzpolizei auseinander getrieben wurden. Die gefährdeten Gegenden wurden mit Schießwaffen von der Schutzpolizei beleuchtet.

Nach einer Meldung der Post. Zeitung wird die Arbeit auf den großen Hamburger Werften heute wieder aufgenommen werden, nach dem gestern die Verhandlungen der Gewerkschaften mit den Werftverwaltungen zu einem Ergebnis geführt haben.

In Stehrn hat sich der Werftarbeiterstreik auch auf der Werft von Esar Wollstein ausgebreitet, auch die Eisenarbeiter haben gestern den Streik beschlossen.

Die deutsche Schweiz zum Kanzlerwechsel

Basel, 14. August. Die deutsch-schweizerische bürgerliche Presse erkennt Cunos Ehrlichkeit und Mannhaftigkeit an und schreibt es nur Armut an Ideen und seiner Jagdhafheit zu, daß er die Dinge soweit treiben ließ, wie sie heute liegen. Ueber Stresemann lautet die Basler Nachrichten, er sei weder der Mann Frankreichs noch Englands, sondern der Mann Deutschlands. Wenn er es übernahm, mit den Sozialdemokraten zusammenzugehen, so sei dies ein letzter, aber keineswegs hoffnungsloser Versuch Deutschlands zu retten. Auch die Neue Zürcher Zeitung vereinnamt Stresemann als Kanzler ähnlich und sagt, er sei der Mann der Stunde. Er habe sich immer mehr als ein moderner Politiker ohne jegliche Vorurteile entpuppt. Er übernahm eine Aufgabe von ungeheurer Verantwortung.

Französische Stützungsaktion für den belgischen Franken.

Paris, 13. August. Eine Bankensarabbe, an der Spitze die Banque de Paris und die Banque des Pays-Bas, beschloß, der belgischen Regierung zur Stützung des belgischen Franken eine Anleihe von 500 Millionen zu bewilligen. Die belgische Regierung gibt als Sicherheit Eckwechsel mit 10jähriger Laufzeit und Staatsanleihen Westafrikana.

Berlin, 13. August. Der Reichspräsident hat den Reichkanzler Dr. Stresemann zum Reichkanzler ernannt und auf seinen Vorschlag die Reichsministerien wie folgt besetzt: Reichsminister für Wiederaufbau und Stellvertreter des Reichkanzlers Reichsminister a. D. Robert Schmidt, Reichsarbeitsminister Reichsminister Dr. Braun, Reichsminister des Innern Reichstagsabg. Söllmann, Reichsfinanzminister Reichsminister Dr. Hilferding, Reichsverkehrsminister Reichsminister Dejer, Reichswehrminister Reichsminister Dr. Gey-

ler, Reichsjustizminister Reichsminister a. D. Dr. Madbruch, Reichsernährungsminister Reichsminister Dr. Luther. Das neuorganisierte Amt eines Reichsministers für die besetzten Gebiete wird dem Oberpräsidenten Franz übertragen. Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Meeres ist bis auf weiteres der Reichkanzler beauftragt. Für das Reichswirtschaftsministerium ist der Reichsminister a. D. von Kaumer in Aussicht genommen. Das Reichspostministerium ist noch unbesetzt.

Heute 12 Uhr Reichstagsführung.

Berlin 14. August. Die Reichstagsführung am Dienstag beginnt um 12 Uhr. Wie bekannt wird, hat die sozialdemokratische Fraktion beschlossen, gegen die Beibehaltung des Reichsverkehrsministers Dr. Geyler keinen Widerspruch zu erheben.

Frankreich will Stresemann keine Schwierigkeiten bereiten.

Paris, 14. August. Am Dux O'Drag wurde heute abend bestätigt, daß die französische Regierung daran denkt, eine offizielle Erklärung über eine eventuelle Einigung der Reparationsfrage abzugeben, falls die Zustimmung des neuen deutschen Kabinetts ausreichende Gewähr für das Verhalten Deutschlands in der Reparationsfrage bietet. Der Inhalt der Erklärung soll sein, der neuen deutschen Regierung ihre Aufgabe zu erleichtern. Die französische Regierung erkennt an, daß die bedingungslose Einstellung des belgischen Widerstandes unmöglich ist, da jede Regierung von vornherein unhaltbar erschiene würde.

Dr. Wirths Wort: „Zuerst Brot“ dann Reparationen wird wahr gemacht.

Berlin, 13. August. Deutschland hat nach dem Vordrücken der Reparations- und Restitutions-Sachlieferungen an die am Vordrücken nicht beteiligten Mächte aufrecht zuhalten, obwohl durch die Zolleinstellung des Auslandes und des Ausfuhrverbotes das wichtigste Gebiet Deutschlands für die Ausfuhrproduktion und die Restitutionsmaßnahmen weggefallen war. Deutschland hat damit den Beweis seines Leistungswillens bis zum äußersten erbracht. Die jetzige Situation, die durch den Zollstreik von über 5 Millionen Mark charakterisiert ist, verlangt aber die Zusammenfassung aller Kräfte Deutschlands, um der Bevölkerung das geringste Existenzminimum zu sichern und den drohenden Hunger abzuwenden. Gegenüber diesem Ziel müssen alle anderen Aufgaben zurücktreten. Die Reichsregierung ist daher gezeugt, vorübergehend die im Vertrag von Versailles vorgeschriebenen Sachlieferungen auch an England, Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal und Rumänien einzustellen, da gerade deren Finanzierung das Budgetdefizit und die Inflation zu einem wesentlichen Teile herbeigeführt hat. Alles die bis jetzt übernommenen und noch nicht bezahlten Sachlieferungen erfordern bei dem jetzigen Stand eine Aufwendung von rund 300 Millionen Papiermark. Wenn dazu noch weitere Sachlieferungsverpflichtungen treten müßten, würde der Erfolg der vom Reichstag augenblicklich beratenen Steuerreform und der Goldanleihe von vornherein in Frage gestellt sein. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten, die Italien in der Beschaffung der für seine Wirtschaft notwendigen Rohstoffe findet, wird aber bestrebt, die Rohstofflieferung an Italien fortzusetzen. Der Entschluß der Reichsregierung bedeutete keineswegs die endgültige Einstellung der Reparationsleistungen. Die nach dem Vertrage von Versailles erforderlichen Sachlieferungen werden teilweise wieder aufgenommen werden, sobald die Reichsfinanzen und die Währung dies gestatten.

Die hiernach eintretende Einstellung des freien Sachlieferungsverkehrs bedingt den Erfolg einer von der Reichsregierung am 11. August beschlossenen, daß ungeachtet der Einstellung der Sachlieferungen der freie Sachlieferungsverkehr geschlossen sind, von der Reparationskommission genehmigt werden. Das Reichsministerium für den Wiederaufbau hat deshalb unter dem 11. August eine Bekanntmachung erlassen, derzufolge der freie Sachlieferungsverkehr vorläufig eingestellt wird, soweit die Beträge bis zum 11. August nicht entweder durch Selbstablauf endgültig geworden oder von der Reparationskommission der deutschen Regierungen genehmigt worden sind. Die bis zum 11. August derart genehmigten Beträge werden also noch ausgeführt. Dagegen werden Beträge, die bis zum 11. August einschließlich die endgültige Genehmigung der Reparationskommission nicht erhalten haben, von der deutschen Regierung nicht als bindend anerkannt.